

Auf dem Flugplatz Dübendorf sollen künftig 650 Schüler büffeln

In den Innovationspark zieht auch ein Gymnasium ein – Bauarbeiten können bald beginnen



Flächen für Robotertests, Büro- und Laborgebäude sind in Dübendorf geplant.

VISUALISIERUNG SWITZERLAND INNOVATION PARK ZÜRICH

ANDREA MARTI

Ein Innovationspark soll auf dem Flugplatz Dübendorf entstehen, das ist schon seit Jahren geplant. 10 000 Arbeitsplätze, Wohnungen, Platz für Büros, Forschung, Entwicklung – und eine Schule, wie nun erstmals bekannt wird. Die Kantonsschule Stadelhofen eröffnet auf dem Flugplatz eine Filiale, weil die Schülerzahlen stetig steigen und der Platz in der Stadt knapp wird. Das Provisorium auf dem Flugplatz wird Raum für 650 Schüler bieten.

Mit dem Bau des Kantonsschul-Provisoriums startet die erste Bauphase des Innovationsparks, welche gesamthaft sechs Gebäudekomplexe umfasst, die Platz für 3500 Arbeitsplätze bieten sollen. Wer in die anderen Gebäude ein-

zieht, ist momentan noch nicht definitiv klar, es würden aber Gespräche geführt. Christof Domeisen, Verwaltungsratspräsident der IPZ Operation AG, die den Bau des Innovationsparks leitet, sagt: «Mit einigen Partnern besprechen wir bereits konkrete, auf deren Bedürfnisse ausgerichtete Ausbaupläne und stehen kurz vor dem Abschluss.»

Flugbahn und Voliere

In die Gebäude im Innovationspark werden Firmen einziehen, die dort forschen und Produkte entwickeln – beides Dinge, für die Labore und viel Platz benötigt werden. Platz, der insbesondere in der Stadt Zürich Mangelware ist, auf dem Flugplatz Dübendorf aber nicht. Dort gibt es grosse Flächen,

um Roboter zu testen, eine Flugbahn für Parabelflüge und bald sogar eine Voliere, in der Drohnen erprobt werden können. Andrea Thöny, Geschäftsführer der IPZ Operation AG, sagt: «Wir wollen ein Ort sein, an dem man schnell entwickeln und testen kann. Scheitert man, kann man schnell Anpassungen vornehmen.»

Das brauche es, um im heutigen Forschungsumfeld bestehen zu können. Thöny sagt: «Früher hatte man fünf Jahre Zeit, um ein Produkt zu entwickeln. Heute verlangt der Markt, dass das schneller geht – man muss also gleichzeitig testen und entwickeln können, um wettbewerbsfähig zu bleiben.» Dazu gebe es im Innovationspark grosse Testflächen, die nahe an den Laboren und Büros der Forscher seien.

Zur effizienten Forschung und Entwicklung beitragen soll im Innovationspark auch die Nähe zwischen den Unternehmen und den Hochschulen, die auf dem Flugplatz vertreten sind: In den ehemaligen Flugzeughangars sind schon heute die Universität Zürich und die ETH untergebracht.

Furcht vor Zuwanderung

Ist der Innovationspark einmal fertig gebaut, sollen in Dübendorf 10 000 Arbeitsplätze entstehen. Kritiker befürchteten im Vorfeld, dass das Projekt in der Region zu übermässiger Zuwanderung führen könnte – und einer isolierten Expat-Bubble, die der Region kaum etwas nützt. Tatsächlich ist auf dem Campus ein Hochhaus geplant, in dem Wohngemeinschaften, fertig ausgestattete Apartments und Hotelzimmer entstehen sollen. Dass der Innovationspark ein abgetrennter Campus werde, auf dem Expats

Bis anhin war die Planung von Schwierigkeiten geprägt. Doch nun, so scheint es, ist die Kritik verstummt.

unter sich blieben, bestreitet der Verwaltungsratspräsident Domeisen aber. Die Wohnungen und Zimmer auf dem Campus seien lediglich als temporäre Lösungen gedacht für Leute, die nur für ein paar Wochen in Dübendorf arbeiteten oder noch auf Wohnungssuche seien.

Domeisen sagt, dass der Innovationspark die Quartiere rundherum beleben solle. Dieser Teil von Dübendorf sei punkto Dienstleistungen unterversorgt, der Wohnraum sei knapp. Das ändere sich nun, da die Gemeinden rund um den Innovationspark Bauland einzonten. «Der Innovationspark

mit Restaurants, Grünflächen und Naherholungsgebiet wird dem Quartier Mehrwert bieten.»

Die erste Bauphase des Innovationsparks kann nun beginnen, ohne dass die Unternehmer sich noch mit Einsparungen herumschlagen müssen – eine Überraschung. Denn bis anhin war die Planung des Innovationsparks von Schwierigkeiten geprägt. Eine Einsprache gegen den kantonalen Gestaltungsplan ging einst bis vor Bundesgericht. Dafür sorgte ein Verein, der es sich zur Aufgabe machte, den Innovationspark zu verhindern. Doch nun, so scheint es, ist die Kritik verstummt. Die Beschwerdefrist für die erste Bauphase ist ohne Eingaben verstrichen, der Bau kann also losgehen.

Noch viel Platz frei

In Sachen Partnerakquise, so scheint es, wird der Park noch etwas Fahrt aufnehmen müssen: Das Gymi-Provisorium füllt nur einen von sechs Gebäudekomplexen. Darüber hinaus sind das Werkstoffunternehmen Angst+Pfister sowie das Joint Venture Starlab vertreten, an dem Airbus, Mitsubishi, Northrop Grumman und Palantir beteiligt sind. Trotzdem sind noch viele Flächen frei.

Eines der Themen, auf die sich der Innovationspark, die Uni und die ETH fokussieren, ist Weltraumforschung. Es solle eine «Achse Dübendorf-Florida» entstehen, wurde angekündigt. Dabei ist mittlerweile unsicher, wie gut Kooperationen mit amerikanischen Firmen möglich sind. Doch der Verwaltungsratspräsident Domeisen hat keine Angst: «Solche Stürme gehen vorüber.» Er hat sogar den Eindruck, dass die kriselnde Weltlage dem Innovationspark nützen könnte. «Viele Unternehmen merken, dass sie jetzt noch mehr in Forschung und Entwicklung investieren müssen, um voranzukommen.» Das Geld dazu sei vorhanden, und das Interesse am Innovationspark sei gross. Das betont auch der Geschäftsführer Thöny. «Wir müssen potenzielle Mieter nicht anfragen, wir werden angefragt.»

Werden die Flächen vermietet wie geplant, sind die Gebäude der ersten Bauphase bis 2032 bezugsbereit.

Später Erfolg für die einstige Zwangsarbeiterin Irma Frei

Schaffhauser Kantonsrat bewilligt Solidaritätszahlungen für Opfer von fürsorgerischen Zwangsmassnahmen

KATJA BAIGGER

Man nahm sie ihren Eltern weg, sie kamen in Heime, ihnen wurde Zwangsarbeit verordnet: Das taten die Schweizer Behörden mit Kindern bis 1981 unter dem Vorwand der Fürsorge. Tausende, unter ihnen auch viele Erwachsene, waren von sogenannter administrativer Versorgung betroffen. Die meisten leiden bis heute an den psychischen und sozialen Folgen der fürsorgerischen Zwangsmassnahmen sowie Fremdplatzierungen. Nur wenige von ihnen haben die Energie, um für Wiedergutmachung oder zumindest für Linderung der schmerzlichen Erlebnisse in ihrer Vergangenheit zu kämpfen.

Eine von ihnen ist die 84-jährige Irma Frei, die heute im Zürcher Unterland lebt. Sie wird 1941 in Schaffhausen geboren. Weil sich ihre Mutter vom Vater, einem gewalttätigen Trinker, trennt und wenig Geld hat, entziehen ihr die Behörden das Sorgerecht. Irma Frei wächst bei einer Pflegefamilie und in einer Erziehungsanstalt auf, wo es vorkommt, dass ihr der Direktor Schläge mit dem Gürtel verabreicht. In den 1950er Jahren kommt sie in ein Mädchenheim im Toggenburg und wird gezwungen, in der Spinnerei des Industriellen Emil

Georg Bührle Zwangsarbeit zu verrichten, einen Lohn sieht sie nie. Bührle verkaufte im Zweiten Weltkrieg Rüstungsgüter an die Nazis.

Kinder ausgepeitscht

Erst mit achtzig Jahren geht sie mit ihrer Geschichte an die Öffentlichkeit. Sie wird zum Gesicht der Zwangsarbeiterinnen und sagt: «Ich gebe keine Ruhe, bis uns die Behörden entschädigen.» Sie hält Wort, redet mit Politikern und Journalistinnen, tritt in einer Inszenierung am Zürcher Schauspielhaus auf, hält Vorträge, besucht Podien und runde Tische. Sie bleibt unermüdetlich – bis heute.

Auch dank ihrem Engagement erhalten die administrativ Versorgten aus Schaffhausen nun einen Solidaritätsbeitrag von 25 000 Franken. Dies zusätzlich zum Beitrag vom Bund, der ebenfalls 25 000 Franken beträgt. Der Kanton rechnet mit hundert anspruchsberechtigten Personen.

Der Kantonsrat Schaffhausen hat am Montagvormittag eine entsprechende Vorlage zügig behandelt im Wissen darum, dass zehn Betroffene – unter ihnen Irma Frei – die Debatte in den Zuschauerrängen mitverfolgen. Die Präsidentin der Spezialkommission Franziska

Brenn (SP) sagte vor der Abstimmung, die Vorlage sei kein gewöhnliches Gesetz. Es gehe um Dutzende von Personen, deren Biografie durch die fürsorgerischen Zwangsmassnahmen lebenslang geprägt worden sei.

Die Kantonsrätin Linda de Ventura (SP), welche den Prozess auf politischer Ebene mit einer kleinen Anfrage ins



Irma Frei
Ehemalige
Zwangsarbeiterin

Rollen gebracht hatte, zitierte aus historischen Recherchen zu fürsorgerischen Zwangsmassnahmen in Schaffhausen. Der einstige Leiter des Waisenhauses Schaffhausen habe Kinder mit Lederriemen ausgepeitscht. Auch von sexuellem Missbrauch und Unterernährung ist die Rede. Zum Arzt seien die Kinder nie gebracht worden.

Für einige Wortmeldungen sorgte die Aufteilung der Kosten zwischen dem

Kanton und den Gemeinden. Der zuständige Regierungsrat Marcel Montanari (FDP), Vorsteher des Departementes des Innern, hatte eigentlich beantragt, den Beitrag von geschätzt 2,5 Millionen Franken zwischen Gemeinden und Kanton hälftig aufzuteilen. Um einen positiven Ausgang der Abstimmung nicht zu gefährden, entschied die Kommission jedoch, dass der Kanton die gesamten Kosten tragen solle. Dies, obwohl die Gemeinden die meisten Entscheidungen von fürsorgerischen Zwangsmassnahmen trafen.

Peter Scheck (SVP) betonte, es sei höchst unfair, den Gemeinden eine Zwangsabgabe zu verordnen. Die SVP stimme dem Anliegen nur zu, wenn der Kanton die Kosten übernehme. Regierungsrat Montanari entgegnete, es hätte vom symbolischen Gehalt her einen Unterschied gemacht, wenn die Gemeinden Teil der Vorlage geblieben wären: «Viele Opfer erinnern sich daran, dass die lebensprägenden Entscheidungen von der Gemeinde gefällt wurden.» Die Lösung sei unglücklich, aber er wolle möglichst rasch eine mehrheitsfähige Lösung erreichen. Montanari hielt fest, dass er es begrüßen würde, wenn sich die Gemeinden mit freiwilligen Beiträgen beteiligten.

Der Kantonsrat hiess den Solidaritätsbeitrag schliesslich einstimmig gut. Betroffene von Medikamentenversuchen erhalten ebenfalls Anspruch auf einen Solidaritätsbeitrag. Dieser Ergänzung wurde zugestimmt mit 45 zu 11 Stimmen.

«Nervös» vor dem Entscheid

Auch die Stadt Zürich beschloss 2023 einen kommunalen Solidaritätsbeitrag von 25 000 Franken. Der Zürcher Regierungsrat beantragte diesen Frühling dem Kantonsrat einen solchen Beitrag im selben Umfang. Der Kantonsrat dürfte dies gutheissen, die Abstimmung fand jedoch noch nicht statt.

Zurück zu Irma Frei. Sie sagt nach der einstimmigen Gutheissung des Solidaritätsbeitrags in Schaffhausen: «Mir fällt ein Stein vom Herzen.» Sie sei «nervös» gewesen, weil sie befürchtet habe, dass es knapp werde bei der Abstimmung und dass der Entscheid erneut vertagt werde. Dabei kenne sie mehrere Betroffene, die das versprochene Geld gut gebrauchen könnten. Nun dürfte es noch ein halbes Jahr dauern, bis die Beiträge ausbezahlt werden. Irma Frei wird das genau beobachten. Doch heute sagt sie: «Ich bin froh, und ich bin dankbar.»